

Klartext zu sieben heißen Themen

05.03.2017 | [Manfred Gburek](#)

Dieser März hat es für Anleger in sich - und dabei wird es bleiben, weit über den März hinaus. Grund genug, heute zu ein paar ganz heißen Themen Stellung zu beziehen: Aktien, Schulden, Inflation, Wahlen, Einlagensicherung, Immobilien und Gold. Das Ganze in Form von Thesen, auch wenn zu jedem dieser Themen ganze Bücher geschrieben werden müssten.

Wenn es um Aktien geht, konzentrieren sich deutsche Medien überwiegend auf nichtssagende Dax-Interpretationen, obwohl die richtige Musik an der deutschen Börse fast ausschließlich bei Neben- und Spezialwerten spielt. Zuletzt gilt die Aufmerksamkeit, abgesehen von der hoffnungslos überbewerteten neuen Snap-Aktie, auch dem amerikanischen Dow Jones-Index, der unter gigantischen Börsenumsätzen in die Höhe geschossen ist.

Warum angeblich? Weil - Sie lesen richtig - die US-Zentralbank Fed, wie es heißt, bei ihrer nächsten Sitzung am 13./14. März den Leitzins erhöhen werde. Das gelte dann als ein Zeichen dafür, dass es der amerikanischen Wirtschaft gut gehe, die Aktienkurse demzufolge also weiter steigen müssten. Es ist kaum zu fassen, wie so ein Unsinn verbreitet werden kann, gilt ein steigender Leitzins doch zu Recht als Killer der Aktienkurse. Mal sehen, wie die Fed entscheidet. Und die EZB, deren nächste Sitzung am 9. März stattfinden wird. Bis zu den Sitzungen der beiden Zentralbanken bleibt alles offen.

Wenn es im Nachhinein eine plausible Erklärung für den Höhenflug der amerikanischen Aktienkurse gibt, dann diese: Donald Trump mit seinem Versprechen, eine Billion Dollar zusätzlich in die Wirtschaft zu pumpen, die Steuern zu senken und noch ein paar weitere Geschenke zu verteilen. So etwas nennt man die Quadratur des Kreises. Dabei blenden die meisten Börsianer einfach ein Problem aus: Dass die USA wegen viel zu hoher Schulden bald wieder pleite sein werden, nämlich schon am 15. März.

Erschrecken Sie aber nicht, in den vergangenen Jahren - zuletzt unter Trumps Vorgänger Barack Obama - haben die USA die Obergrenze ihrer Schulden immer wieder per Gesetz angehoben. Was das Trump-Team sich jetzt einfallen lassen wird, bleibt derweil offen, böse Überraschungen mit unangenehmen Folgen für die Aktienkurse inbegriffen.

Dass die Inflation diesseits und jenseits des Atlantiks bereits seit Monaten virulent ist und zuletzt in Deutschland 2,2 Prozent erreicht hat (in der Eurozone insgesamt 2,0 Prozent), sollte niemanden wundern. Denn der sogenannte Basiseffekt - vor allem ausgelöst durch die Wende des Ölpreises nach oben - schlägt noch einmal voll durch.

Ob damit jetzt oder erst in einem Monat Schluss sein wird, sei dahingestellt. Jedenfalls ist nicht mehr mit einem Verfall unter die 1 vor dem Komma zu rechnen, sondern im Gegenteil mit einem nachhaltigen Anstieg, in den beiden kommenden Jahren zunächst bis etwa 4 Prozent. Warum: Weil Inflation ein nicht aufzuhalten dynamischer Prozess ist und weil steigende Inflationsraten nach allen Erfahrungen aus der Vergangenheit einen weiteren Anstieg auslösen, den man als Zweitrendeneffekt bezeichnet. Und wie wird EZB-Präsident Mario Draghi mit seinem Inflationsziel von etwas unter 2 Prozent später darauf reagieren? Das weiß er wahrscheinlich selbst noch nicht.

Die Zeit bis zu den kommenden Wahlen in den Niederlanden, in Frankreich und Deutschland wird, wie schon in der Vergangenheit üblich, vor lauter Wahlversprechen nur so strotzen. Deren Einlösung dürfte dann allerdings auf sich warten lassen, weil es vermutlich zu keinen klaren Siegern, sondern zu heute noch nicht absehbaren Koalitionen kommen wird. Besonders kritisch sieht es diesbezüglich in Deutschland aus: Hier gehen, basierend auf aktuellen Umfragen, sechs Parteien mit der Aussicht auf über 5 Prozent der Stimmen ins Rennen (CDU und CSU als Einheit gesehen). Sie alle sind machthungrig und deshalb Meister im Versprechen. Nicht die Vernunft zählt, sondern die Wählerstimmen.

Typisches Beispiel: Der besonders durch linke Politiker verbreitete Unsinn mit der ungerechten, weil angeblich zu niedrigen Besteuerung der Geldanleger, die der Abgeltungsteuer von 25 Prozent zuzüglich Soli unterliegen, verglichen mit der progressiven Besteuerung der Einkommen von Arbeitern und Angestellten. Dass Anleger bereits versteuertes Geld einsetzen, wird einfach verschwiegen, Hauptsache, mit dem daraus fälschlicherweise abgeleiteten Ruf nach sozialer Gerechtigkeit lassen sich tumbe Wähler gewinnen.

Spätestens im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 wurden die Grenzen der Einlagensicherung offenbar: Mit der Pleite der deutschen Tochter der Bank Lehman Brothers und der Maple Bank - beide nicht

besonders groß - verlor der Sicherungsfonds der privaten Banken nahezu 9 Milliarden Euro. Um Schlimmeres zu verhindern, sann der Bankenverband auf Abhilfe und beschloss neue Regeln, die gestaffelt ab Oktober dieses Jahres zulasten verschiedener institutioneller Anleger und Unternehmen gehen sollen, nicht dagegen zulasten von privaten Kunden und Stiftungen.

Es handelt sich um eine private Einlagensicherung, die über die gesetzliche - pro Kunde und Bank sind 100.000 Euro geschützt - hinausgeht. Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken verfügen ebenfalls über private Einlagensicherungen, die in bestimmten Punkten noch umfangreicher sind. Wer über mehr als 100.000 Euro auf dem Konto verfügt, ist gut beraten, weitere Konten bei anderen Banken oder Sparkassen zu eröffnen. Immerhin behauptet der Bankenverband, der private Sicherungsfonds der Banken schütze in der Regel Einlagen von mindestens 1 Million Euro pro Kunde und Bank über die gesetzliche Sicherung hinaus.

Von diesen Anmerkungen zu Immobilien überzugehen, erscheint zunächst zwar nicht schlüssig, ist aber unter pragmatischen Aspekten gar nicht so abwegig. Denn auch hier spielt Sicherheit eine Rolle. Doch um es gleich vorwegzunehmen: Eine trügerische Sicherheit, weil Immobilien immer nur so viel wert sind, wie Käufer für sie zu zahlen bereit sind. Das wird in diesen Tagen besonders deutlich, da zwei angesehene Researchhäuser (empirica und bulwiengesa), die seit vielen Jahren mit der Bewertung von Immobilien zu tun haben, sich in aller Öffentlichkeit fetsen.

Der Grund: empirica behauptet, die Preise für Wohnimmobilien in den führenden deutschen Metropolen müssten kräftig um zweistellige Prozentsätze fallen, um ein realistisches Niveau zu erreichen. bulwiengesa setzt dagegen, das sei unrealistisch - gibt jedoch zu, die deutschen Wohnungsmärkte befänden sich "in einer Phase der Abkühlung". Und: "Wertkorrekturen auf den städtischen Märkten für Eigentumswohnungen sind in den kommenden Jahren nicht unwahrscheinlich."

Daraus folgt: Aufgrund der gängigen Maßstäbe - überzogene Preise, Trendfortschreibungen u.a. - wird der Immobilienzyklus auf absehbare Zeit vom Verkäufer- zum Käufermarkt mutieren (in der vorigen Ausgabe dieser Kolumne war an dieser Stelle ein Dreher, was ich zu entschuldigen bitte). Richten Sie sich danach und investieren Sie im Zweifel kein Geld in Wohnimmobilien, besonders nicht in Mietwohnungen, die überwiegend nur lächerlich geringe Renditen abwerfen.

Der Übergang vom sogenannten Betongold zum wahren Gold mag willkürlich erscheinen, doch auch hier verbindet beide das Thema Sicherheit - im ersten Fall trügerische, im zweiten Fall echte Sicherheit. Echt allerdings nicht um jeden Preis: Zwar kann man das Edelmetall bei relativ niedrigen Goldpreisen - wie jetzt - zu Recht als sicher bezeichnen, bei später vielleicht fünf bis zehn Mal höheren Preisen aber eher nicht, abhängig von den dann dominierenden Faktoren, wie Konjunktur oder Krise, hohe oder geringe Kaufkraft der Währungen, expansive oder kontraktive Geldpolitik.

Zur aktuellen Einschätzung des Goldpreises ist das folgende Zitat aus dem Infodienst wellenreiter-invest.de vom 27. Februar hilfreich: "Der Goldpreis profitierte in den vergangenen Tagen von den fallenden Renditen. Allerdings befinden sich im Bereich von 1.252 bis 1.264 US-Dollar drei wichtige gleitende Durchschnitte, die als Widerstände fungieren. Der 4-Jahres-GD (1.000 Tage), der 1-Jahres-GD (250 Tage) sowie die 200-Tage-Linie."

Diese Aussage ist nicht allein charttechnisch von Bedeutung, sondern in bestimmter Hinsicht auch fundamental. Denn die Kräfte, die den Goldpreis mithilfe von Derivaten vorübergehend unter Druck setzen (Regierungen, Zentralbanken und ihre Helfer), um einen Preisausbruch nach oben zu verhindern, der Zweifel am ganzen Währungssystem aufkommen ließe, fahren gern voll auf solche markanten Entwicklungen der gleitenden Durchschnitte ab.

Das ist alles andere als eine neue Verschwörungstheorie, sondern nur eine nüchterne Betrachtung. Wie aus der Vergangenheit bekannt, setzt sich Gold immer wieder gegen marode Währungssysteme durch. Das wird dieses Mal nicht anders sein als im vergangenen Jahrhundert; dazu braucht es allerdings noch etwas Zeit.

© Manfred Gburek
www.gburek.eu

Manfred Gburek ist neben seiner Funktion als Kolumnist privater Investor und Buchautor.

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](#)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/322068-Klartext-zu-sieben-heissen-Themen.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).